

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.
General Nr. 20

Postfachamt: Leipzig 21000.
Karlstraße Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeindevorstand.

Nr. 227.

Mittwoch, 1. Oktober 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorzahlung, 1,50 Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postfach vierteljährlich 5,10 Mark, monatlich 1,70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen. Eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Spalten) 45 Pf., Ortspreis 40 Pf., 2-spaltiger und tabellarischer Satz 20%, Aufsatz, Rechtschreib- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Restliche Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Briefens oder des Besprechungsapparates — hat der Bezüge kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamationsdruck und Verlag: Ragner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ethur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilh. m. Ditrich, Riesa.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, Abt. Elektrizität, vom 9. September 1919, die auch für Sachsen Geltung hat, wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 29. September 1919.

1435 E

10822

Arbeitsministerium, Landeskohlenamt.

Bekanntmachung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit.

Auf Grund der Bekanntmachung über Elektrizität und Gas, sowie Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser vom 21. Juni 1917 (RStBl. S. 543) und der §§ 1, 5 und 6 der Bekanntmachung über Elektrizität und Gas, sowie Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser vom 3. Oktober 1917 (RStBl. S. 879) wird bestimmt:

§ 1. Verbrauchsregelung.

1. Der Verbrauch elektrischer Arbeit wird bei allen Verbrauchern, die sie von einem Stromversorgungsunternehmen beziehen, eingeschränkt. Das Maß der Einschränkung ist abhängig von der jeweiligen Kohlenlage, der Leistungsfähigkeit und dem Betriebszustand des liefernden Elektrizitätswerks und der Wichtigkeit des Verbrauchers. Die Grundlagen für die Einschränkung sind der Reichskommissar für die Kohlenverteilung den Kohlenwirtschaftsstellen, Abteilung Elektrizität (§ 7) und durch sie den Vertrauensmännern (§ 4) durch Richtlinien und besondere Anweisungen, er ergötzt und ändert die Richtlinien der jeweiligen Kohlen- und Wirtschaftslegen.

Die Einschränkung in die Richtlinien steht den Verbrauchern bei den Kohlenwirtschaftsstellen, Abteilung Elektrizität, und bei den Vertrauensmännern während der Dienststunden frei.

2. Als Verbraucher im Sinne dieser Bekanntmachung gelten auch solche Großabnehmer (Kommunen, Verbände usw.), die elektrische Arbeit von einem Werke beziehen, um sie als Stromversorgungsunternehmen weiter zu verteilten.

3. Die Regelung des Verbrauchs erfolgt durch die Abteilung Elektrizität der Kohlenwirtschaftsstellen im Einvernehmen mit dem Reichskommissar.

Zuständig ist die Kohlenwirtschaftsstelle, in deren Bezirk die Betriebsstätte des liefernden Stromversorgungsunternehmens liegt. Die erfolgte Regelung ist dem Verbraucher schriftlich oder telegraphisch mitzuteilen.

In Zweifelsfällen, die bei der Durchführung dieser Verordnung entstehen, entscheidet der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Abteilung Elektrizität.

4. Anträge auf Änderung der Verbrauchsregelung sind an den Vertrauensmann zu richten. Solange ein erhöhter Verbrauch nicht genehmigt ist, muß der Verbraucher die bisher gültigen Grenzen einhalten. Bei neu hinzutretenden Abnehmern darf die Stromentnahme erst nach erfolgter Regelung des Verbrauchs einleiten.

In keinem Falle darf ein Verbraucher mehr Strom entnehmen, als ihm genehmigt ist. Auch Anordnungen anderer Behörden berechnen ihn hierzu nicht.

Der Bezug einer erhöhten Strommenge gegen Lieferung von Kohlen durch den Verbraucher an das Elektrizitätswerk ist verboten, falls nicht in besonderen Fällen die ausdrückliche Genehmigung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung hierzu erteilt worden ist.

5. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Verbrauchsregelung auf Grund dieser Bekanntmachung stattgefunden hat, bleibt bei Verbrauchern, die beim Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bereits elektrische Arbeit bezogen haben, die nach den bisher geltenden Bestimmungen zulässige Verbrauchsregelung bestehen. Dasselbe gilt von besonderen Regelungen oder Vorschriften, die einzelnen Verbrauchern vor dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung gemacht worden sind.

6. Kleinverbraucher werden von der Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit nicht betroffen, sofern der Jahresverbrauch 250 Kilowattstunden nicht übersteigt. Im Einzelfalle kann der Vertrauensmann besondere Anordnungen treffen.

Die Kohlenwirtschaftsstellen (Abteilung Elektrizität) sind im Einverständnis mit den Kommunalbehörden und nach Anhörung des Vertrauensmannes berechtigt, für den von der Einschränkung nicht betroffenen Kleinverbrauch den örtlichen Verhältnissen entsprechend eine niedrigere Grenze festzusetzen oder mit Zustimmung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung den von der Einschränkung nicht betroffenen Verbrauch zu erhöhen.

7. Für Stromversorgungsunternehmen, die in ihrer Leistungsfähigkeit nicht erschöpft sind, und bei deren Betrieb außerdem eine Ersparnis an bewirtschafteten Brennstoffen nicht notwendig ist (gewisse Wasserkraftanlagen, gewisse Braunkohlenwerke, gewisse mit Abfallprodukten betriebene Kraftwerke usw.), kann der Reichskommissar für die Kohlenverteilung ganz oder teilweise außer Kraft setzen. Die Anträge sind bei der Kohlenwirtschaftsstelle einzureichen. Vor Inkrafttreten dieser Bekanntmachung erteilte, noch nicht abgelaufene Anordnungen behalten Gültigkeit.

§ 2. Neuanträge und Erweiterungen.

1. Neuanträge sowie Erweiterungen bestehender Anlagen dürfen nur auf Grund besonderer Genehmigung angefordert werden. Diese soll nur in dringenden Fällen erteilt werden.

2. Zuständig für die Entscheidung der Genehmigung ist die Kohlenwirtschaftsstelle, Abteilung Elektrizität, unter Anhörung des Vertrauensmannes. Gesuche um Neuanträge sind an den Vertrauensmann zu richten.

3. Der Vertrauensmann ist berechtigt, Lichtanschlüsse und deren Erweiterungen bis zu einem Kilowatt Anschlußwert selbst zu genehmigen. Lichtanschlüsse in Räumen, die bereits Gasbeleuchtung besitzen, dürfen, sofern das Elektrizitätswerk die elektrische Arbeit vorwiegend unter Anwendung marktfähiger Kohle oder eines anderen bewirtschafteten Brennstoffs erzeugt, nur mit Zustimmung des Vertrauensmannes für Gas ausgeführt werden. In Zweifelsfällen entscheidet der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

§ 3. Belastungsausgleich.

Die für die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit zuständigen Stellen sind berechtigt, Maßnahmen zu treffen, die eine bessere zeitliche Verteilung der Belastung bezwecken.

§ 4. Vertrauensmänner.

1. Für die in ihrem Bereich liegenden, von privater Seite betriebenen Stromversorgungsunternehmen ernannt jede Kohlenwirtschaftsstelle Vertrauensmänner, im Bedarfsfälle auch Stellvertreter. Sie weist jedem Vertrauensmann einen abgegrenzten Tätigkeitsbezirk zu. In diesem ist der Vertrauensmann für die öffentlichen Elektrizitätswerke und die an sie angeschlossenen Verbraucher zuständig. Erstreckt sich der Verbrauchsbezirk eines Stromversorgungsunternehmens über die Bereiche mehrerer Kohlenwirtschaftsstellen, so ernannt der Reichskommissar für die Kohlenverteilung den Vertrauensmann und gegebenenfalls Stellvertreter, wenn die beteiligten Kohlenwirtschaftsstellen zu seiner Einigung gelangen.

2. Für vom Reich, einem Lande, einem Kommunalverband oder einer Gemeinde betriebene Stromversorgungsunternehmen bezeichnet die Reichs-, Staats- oder Kommunalbehörde, der das Unternehmen unmittelbar untersteht, eine Dienststelle oder einen Beamten als Träger der Aufgaben des Vertrauensmannes, der sich schriftlich zur Übernahme des Amtes bereit erklärt hat. Die Dienststelle oder der Beamte ist dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung und der Kohlenwirtschaftsstelle zu benennen.

3. Bei Stromversorgungsunternehmen, die sich zum Teil in staatlichem oder kommunalem, zum anderen Teil in privatem Besitz befinden (gemischtwirtschaftliche Unternehmen), ist für das Verfahren bei Bestellung des Vertrauensmannes ausschlaggebend, ob der Vorsitzende des Aufsichtsrates Vertreter des Staates bzw. der Kommune oder Vertreter des berechtigten privaten Kapitals ist.

4. In der Regel sollen die technischen Leiter der Stromversorgungsunternehmen zu Vertrauensmännern ernannt werden. Soweit die Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter nicht Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamte sind, sind sie von der ernennenden Stelle auf ihre Loyalität nach der Bekanntmachung des Bundesrats vom 8. Mai 1917 (RStBl. S. 393) zu verpflichten. Dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung ist von der erfolgten Bestellung sofort Anzeige zu erstatten.

5. Die Vertrauensmänner und die im Absatz 3 genannten Dienststellen oder Beamten haben die Aufgabe:

- mit den Kohlenwirtschaftsstellen und den Kommunalbehörden bei der Durchführung der auf Grund dieser Bekanntmachung notwendigen Maßnahmen zusammenzuwirken,
 - die ihnen durch diese Bekanntmachung oder durch die Ortsvorschriften (§ 5) übertragenen Rechte und Pflichten auszuüben.
6. Die Vertrauensmänner üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.
7. Die bisher ernannten Vertrauensmänner bleiben ohne weitere Bestätigung im Amt.

Die Kommunalbehörden und zwar in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Gemeindevorstände, im übrigen die Vorstände der Kommunalverbände, haben sobald wie möglich im Einvernehmen mit den Kohlenwirtschaftsstellen Vorschriften über die Einschränkung und die zweckmäßige Verteilung des Verbrauchs elektrischer Arbeit zu erlassen, insbesondere über die Einschränkung für den Kleinverbrauch gemäß § 1 Abs. 6 dieser Bekanntmachung.

Die bisher erlassenen Ortsvorschriften bleiben ohne weiteres in Kraft. Die durch diese Bekanntmachung notwendig werdenden Änderungen und Zusätze der Ortsvorschriften sind umgehend zu erlassen.

§ 5. Anordnungen in dringenden Notfällen.

Ergibt sich bei einem Stromversorgungsunternehmen infolge Mangels an Brennstoff oder aus sonstigen Ursachen die unbedingte Notwendigkeit, sofortige Einschränkungen des Verbrauchs elektrischer Arbeit vornehmen zu müssen, so hat der Vertrauensmann die nach Lage des Falles erforderlichen Maßnahmen anzuordnen. Den Verbrauchern hat er zunächst vor der Durchführung Kenntnis zu geben. Den beteiligten Kommunalbehörden und Kohlenwirtschaftsstellen hat er unverzüglich Meldung zu machen.

§ 6. Kohlenwirtschaftsstellen.

Die Abteilungen Elektrizität der Kohlenwirtschaftsstellen sind in Übereinstimmung mit den früheren Abteilungen Elektrizität der Kriegsamtsstellen. In Bayern sind es die Landesstellen, Abteilung Elektrizität, München und Nürnberg, in Sachsen das Landesstellenamt, Abteilung Elektrizität, Dresden, in Württemberg die Landesstellenstelle, Abteilung Elektrizität, Stuttgart, in Baden die Landesstellenstelle, Abteilung Elektrizität, Mannheim.

An die Stelle der Abteilungen Elektrizität der Kohlenwirtschaftsstellen usw. können andere, von den Landeszentralbehörden mit der Durchführung der Bestimmungen dieser Bekanntmachung beauftragte Stellen treten.

§ 8. Landeszentralbehörden.

1. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer im Sinne dieser Bekanntmachung als Kommunalverband, Gemeinde, Vorstand des Kommunalverbandes und als Gemeindevorstand anzusehen ist.

2. Die Landeszentralbehörden können im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung andere Stellen als die Vorstände der Kommunalverbände oder Gemeinden mit den in dieser Bekanntmachung den Vorständen der Kommunalverbände oder Gemeinden zugewiesenen Aufgaben beauftragen oder einzelne dieser Aufgaben sich selbst vorbehalten.

3. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen beauftragten Stellen können einzelnen Gemeinden oder Gruppen von Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern die in dieser Bekanntmachung den Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern zugewiesenen Aufgaben übertragen.

§ 9. Auspreis für den Mehrverbrauch.

Verbraucher, die von einem Stromversorgungsunternehmen elektrische Arbeit gegen Bezahlung erhalten, haben für jede trotz besonderer Warnung über die zugelassene Menge hinaus verbrauchte Kilowattstunde einen Auspreis von 50 Pf. zu zahlen.

§ 10. Stromsperrung.

Bei wiederholt notwendig werdender Erhebung des Auspreises gemäß § 9 ist die Kohlenwirtschaftsstelle berechtigt, dem Verbraucher den Strom zu sperren.

§ 11. Strafbestimmungen.

1. Wer trotz besonderer Warnung mehr elektrische Arbeit verbraucht, als nach dieser Bekanntmachung und den Ortsvorschriften oder den gemäß § 6 getroffenen Anordnungen des Vertrauensmannes zulässig ist, oder wer den Vorschriften des § 2 dieser Bekanntmachung oder den auf Grund dieser Bekanntmachung erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

2. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Antragsberechtigt ist

- der Reichskommissar für die Kohlenverteilung oder die von ihm mit der Antragsstellung schriftlich beauftragte Person,
- bei Zwiderhandlungen gegen Vorschriften, die von einer anderen Behörde als dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung auf Grund dieser Bekanntmachung erlassen sind, die Behörde, die sie erlassen hat, bei Verstößen gegen § 2 dieser Bekanntmachung die Kohlenwirtschaftsstelle.

Nichtlich der Antrag gegen einen Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten wegen einer in Ausführung seiner Dienstgeschäfte begangenen Zwiderhandlung, so ist nur der Reichskommissar für die Kohlenverteilung antragsberechtigt.

§ 12.

1. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

2. Die Bekanntmachung vom 2. November 1917 wird hierdurch aufgehoben.

Berlin, den 9. September 1919.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung. St u J.

Sämtliche Ausdrücke der Verbraucher sind an den Vertrauensmann zu richten, der verpflichtet ist, sie erforderlichenfalls an die Abteilung Elektrizität der Kohlenwirtschaftsstelle weiterzugeben. Zuschriften an den Reichskommissar sind zu richten an Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Abteilung Elektrizität, Berlin W. 62, Kurfürstendamm 117.

Lebensmittelverteilung.

| Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 3. Oktober 1919 ab | |
|--|---|
| 1. auf Abschnitt 94 der grauen Rähmittlekarte I | 300 gr geschälte Erbsen, 125 gr Kartoffelsuppe mit Möhren oder Weißkohl, 1 Paket Rote Grütze. |
| gelben „ I | 180 gr geschälte Erbsen, 75 gr Kartoffelsuppe mit Möhren oder Weißkohl, 1 Paket Rote Grütze. |
| 2. auf Abschnitt 94 der roten Rähmittlekarte I | 250 gr Reis, 250 gr Reis. |
| Die Entnahme hat bis spätestens den 7. Oktober 1919 zu erfolgen. | |
| Der Preis beträgt für | |
| geschälte Erbsen | 1,20 M. für das Pfund. |
| Kartoffelsuppe mit Möhren | 1,74 „ „ „ |
| Weißkohl | 1,68 „ „ „ |
| Rote Grütze | —,41 „ „ „ Paket |
| Reis | —,39 „ „ „ Paket zu 125 Gramm. |

Die Abschnitte 94 der grauen, roten und grünen Rähmittlekarte I sind ungebündelt bis spätestens den 9. Oktober 1919 an die Unterverteilungsstellen einzureichen. Die Unterverteilungsstellen hat die Abschnitte gesammelt bis spätestens den 11. Oktober 1919 an die Amtshauptmannschaft einzuliefern.

Die Abschnitte 94 der gelben Rähmittlekarte I sind direkt bis spätestens den 9. Oktober 1919 an Herrn Kommissionsrat Ernst Wille in Riesa einzuliefern.

Großenhain, am 30. September 1919.

1587 d. lll. Der Kommunalverband.

Die ...

Die ...

10. Evangelisch-luth. Landesynode.

Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung umfaßt eine Reihe Beschlüssen verschiedener Art.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 1. Oktober 1919.

Wahlungen der Berliner Morgenblätter.

Die Verhandlungen zur Belegung des Streiks in der Metallindustrie wurden am Dienstag unter Beteiligung des Oberbürgermeisters Bernuth und des Arbeitsministers Schöde fortgesetzt.

Die Verhandlungen wegen des Eintritts der Demokraten in die Regierung haben zu einem Ergebnis noch nicht geführt.

Eine stark besuchte Versammlung der Sozialdemokratischen Partei angehöriger Metallarbeiter sprach den Entschluß ihre volle Sympathie in diesem wirtschaftlichen Kampfe aus.

Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jägerbataillon und eine Eskadron wurden nach Deutschland abtransportiert.

Die alte Geige.

Kriminalroman von H. Coront.

40. Fortsetzung.

„Ich bin gegenwärtig sehr in Anspruch genommen, aber ich werde den Geheimpolitisten Bilder beauftragen, an meiner Stelle hinzugehen und mir übermorgen sofort Bericht zu erstatten.“

„Fischer war einige Minuten vor fünf in der Villa ...“

„Da Sie heute haben, komme ich lieber ein anderes Mal, Herr Adler.“

„Nein, nein!“ wandte er ein. „Vor diesem Herrn habe ich keine Geheimnisse.“

„Ich weiß, das war sehr unrecht, und ich habe es ...“

„Allo nun weiter. Auf dem Ball lernten Sie Ihren jetzigen Mann kennen.“

„Ich war bezaubert auf zwei Uhr.“

„Ich erzähle Sie wahrheitsgetreu, was in der Nähe meiner Villa geschah.“

„Als wir beiden Kornfeld waren, sagte ich zu Jakob: ...“

„Da sagte sie mir, daß sie die Hand nach dem ...“

„Der Herr ...“

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Nationalversammlung.

Präsident Behrendt eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 30 Minuten und wünscht der Nationalversammlung einen glücklichen Ausgang in ihrem Berliner Heim.

Abg. Eise (Soz.) fragt an, ob die Regierung das Vorgehen des Volksbundes in Sachen der Kriegsgefangenen billigt.

Regierungskommissar Stäcker: Das unqualifizierbare Vorgehen des Volksbundes hat der englischen Regierung erst das Material verschafft, das sie gegen unsere Kriegsgefangenen ausplüzt.

Der Reichstag wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen. In dem Etat werden u. a. 183 884 000 Mark zur Bewährung von Kriegsteuerungsanlagen an Beamte, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene angefordert werden.

Abg. Weismann (Soz.): Jede Diktatur drückt Gemeinden für Schäden aus Unruhen nicht aus. Ich beantrage die Verweisung an den Ausschuss.

Abg. Mohr (Zentr.): Wir können den Grundgedanken des Gesetzes nicht billigen, daß die Revolutionsschäden auf gleicher Grundlage wie die Kriegsschäden behandelt werden sollen.

Abg. Bärmann (Dem.): Das Gesetz steht geradezu eine Prämie auf die Veränderung aus. Vielleicht kann man auch die Verantwortlichkeit der Unruhen zu den Entschädigungen heranziehen.

Abg. Bärmann (Dem.): Das Gesetz steht geradezu eine Prämie auf die Veränderung aus. Vielleicht kann man auch die Verantwortlichkeit der Unruhen zu den Entschädigungen heranziehen.

Abg. Bärmann (Dem.): Das Gesetz steht geradezu eine Prämie auf die Veränderung aus. Vielleicht kann man auch die Verantwortlichkeit der Unruhen zu den Entschädigungen heranziehen.

Abg. Bärmann (Dem.): Das Gesetz steht geradezu eine Prämie auf die Veränderung aus. Vielleicht kann man auch die Verantwortlichkeit der Unruhen zu den Entschädigungen heranziehen.

Reichsrat.

In seiner gestrigen Sitzung stimmte der Reichsrat zunächst einem vom Reichswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung angenommenen Entwurf einer Verordnung über während des Betriebsjahres 1919/20 zulassende Abweichungen vom Gesetz über das Brennweinmonopol zu.

Eine Denkschrift zur Währungsfrage.

In der der Nationalversammlung vom Reichsfinanzminister ausgeteilten Denkschrift zur Währungsfrage wird zunächst ein Überblick über die Währungsfrage während der Kriegsjahre gegeben, worauf die Gründe für den Zusammenbruch der deutschen Währung dargelegt werden.

Die beiden letzten Ententnoten.

Wir haben gestern den Wortlaut zweier Noten mitgeteilt, die von der Entente an Deutschland gerichtet wurden.

Zu der Note über das Baltikum wird mitgeteilt: Wenn auch die Note der Entente über die sofortige Räumung des Baltikums kein Ultimatum darstellt, so wird doch das Reichskabinett unverzüglich zu der Note Stellung nehmen und dem Vernehmen nach in einer Antwortnote seinen Standpunkt darlegen.

lande nicht beeinflussen. Diese erfolgt auf Grund von lange abgeschlossenen Abmachungen. Die Note ihrerseits nimmt nur auf neue Anträge zur Lebensmittel- und Kohlenversorgung Bezug.

Theodor Wolff sagt im „Z.“ ganz richtig: Die Sieger in Paris fahren fort, zu der deutschen Regierung und dem deutschen Volke in jenem Korporalstolz zu sprechen, der selten von wirklichem Kraftbewußtsein zeugt.

Dem Rotenwechsel über Eupen und Malmedy liegen folgende Vorzüge zugrunde: Die belgischen Besatzungsbehörden haben sich in den Kreisen Eupen und Malmedy gegen die belgischen Behörden große Übergriffe erlaubt.

Im Gauschaltbaudrucke der Nationalversammlung erklärte der Reichswehrminister, daß die beabsichtigte Verringerung der Heeresaufgaben nicht habe eintreten können im Hinblick auf die Vorgänge im Osten.

Die Krise in Italien.

In der Römischen Kammer prüft man sich. Das ist in dieser temperamentsvollen Volksvertretung kein unerhörtes Ereignis; aber es tritt selbst dort doch nur dann ein, wenn das Land an einer Wende seiner Geschichte steht.

Die Deputiertenkammer aufgelöst.

Die italienische Deputiertenkammer ist aufgelöst worden. Die Wahlen wurden zum 10. Oktober ausgeschrieben. Kammer und Senat werden am 1. November zusammentreten.

Der englische Eisenbahnerstreik.

Die Lokomotiven Großbritanniens stehen still. Auch das vom Kriege am wenigsten geschädigte, durch den Sieg am reichsten bedrohte europäische Land ist von der „Weltkrisis“ ergriffen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Kein deutsches Werbebüro in Wien. Nach einer Wiener Blättermeldung soll angeblich ein Werbebüro für die deutsche Reichswehr in Wien bestehen.

Die Filmindustrie lehnt die Zensur ab. Auf der am 24. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Provinzialverbandes Rheinlands-Westfalens zur Wahrung der Interessen der Kinematographie wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

